

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg
Internet: www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 9 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, Fax 5 19 - 9 13 00.
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, Fax 5 19 - 9 11 50.
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax: 5 19 - 9 50 00.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

Auszug aus der Ausgabe Nr. 262 vom 12.11.2019

© Rhein-Neckar-Zeitung

Den Zuschlag fürs Alter soll es automatisch geben

So funktioniert laut Union und SPD die künftige Grundrente – Gang zum Amt überflüssig

Von Basil Wegener

Berlin. Mehr Sicherheit im Alter und Leistungsgerechtigkeit – dafür Sorge die Grundrente, sagt Sozialminister Hubertus Heil (SPD). Das Kompromissmodell der Koalition sieht Bedingungen und verwinkelte Berechnungen vor. Ein Überblick:

Wer soll die Grundrente bekommen? 1,2 bis 1,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner, davon rund 85 Prozent Frauen, viele Ostdeutsche. Der Aufschlag zielt auf Niedrigverdiener in Voll- oder Teilzeit.

Was ist Bedingung für die Grundrente? Mindestens 35 Jahre mit Rentenbeiträgen – aus Beschäftigung, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen. Auch wer knapp darunter liegt, soll Grundrente bekommen, Details sind noch offen. Die Beiträge sollen im Schnitt einem Wert zwischen 30 und 80 Prozent des Durchschnittseinkommens entsprechen.

Wie wird die Grundrente berechnet? Mit der Grundrente werden die „Entgeltpunkte“ in der Rentenformel aufgewertet. Ein Durchschnittsverdiener bekommt pro Jahr einen Punkt; für jeden Punkt gibt es derzeit im Westen 33,05 Euro Rente, im Osten 31,89 Euro. 30 bis 80 Prozent des Durchschnittseinkommens entsprechen 0,3 bis 0,8 Entgeltpunkten. Für die Grundrente werden diese Punkte für 35 Jahre verdoppelt – auf maximal 0,8 Punkte pro Jahr. Der so berechnete Aufschlag wird in einem weiteren Schritt wieder um 12,5 Prozent abgesenkt – um zu gewährleisten, dass jene, die mehr eingezahlt haben, auch mehr herausbekommen.

Was bedeutet das konkret? Ein Rechenbeispiel: Eine Friseurin, die 40 Jahre lang 40 Prozent des Durchschnittslohns verdient, kommt im Schnitt auf 0,4 Entgeltpunkte pro Jahr. Ihre Rente beträgt 528,80 Euro. Ihr errechneter Grundrenten-Zuschlag liegt bei 404,86 Euro. Insgesamt kommt die Frau also auf 933,66 Euro. In vielen Fällen dürfte der Zuschlag aber deutlich darunter liegen.

Bekommen alle nach diesem Muster die Grundrente? Um den vollen Aufschlag zu erhalten, darf das monatliche Einkommen nicht über 1250 Euro bei Alleinlebenden liegen, über 1950 Euro bei Paaren. Maßgeblich ist das zu versteuernde Einkommen – inklusive dem steuerfreien Rentenanteil und Kapitalerträgen. Ab 1251 Euro soll nicht sofort gar keine Grundrente mehr fließen. Darüber liegende Einkommen werden bis zu einem noch festzulegenden Prozentsatz auf die Grundrente angerechnet.

Muss man die Grundrente beantragen? Nein. Die Rentenversicherung soll sie automatisch berechnen. Die nötigen Daten für die Einkommensprüfung sollen von den Finanzämtern kommen. Dazu muss ein entsprechender Datenaustausch neu aufgebaut werden. Noch offen ist, wie dies bei Kapitalerträgen funktionieren soll.

Müssen Grundrenten-Bezieher um ihr Wohngeld fürchten? Ein Freibetrag soll dies weitgehend verhindern. Bei der Festsetzung des Wohngelds – ein Zuschuss zur Miete für Bedürftige – soll die Grundrente nicht voll als Einkommen angerechnet werden.

Wie groß ist eigentlich die Altersarmut in Deutschland? Rund 559 000 Menschen bekamen zuletzt Grundsicherung im Alter. Allerdings dürften deutlich mehr Menschen Anspruch auf Sozialhilfe haben, aber den Gang zum Amt scheuen. Jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte arbeitete zuletzt zu einem Niedriglohn – und sammelt damit nur wenig Rentenpunkte.

Was ist, wenn man zu wenig verdient hat für Grundrente? Das Alterseinkommen soll trotzdem über der Grundsicherung liegen. Bei 35 Beitragsjahren soll eine Mini-Rente nicht komplett bei der Ermittlung der Grundsicherung berücksichtigt werden. Der Freibetrag, höchstens 212 Euro, soll individuell berechnet werden. Rund 200 000 Menschen sollen profitieren.

Was kostet das alles? Bis zu 1,5 Milliarden Euro im Startjahr 2021. Der Großteil des Geldes soll über eine Steuer hereinkommen, die es noch gar nicht gibt, nämlich die Finanztransaktionssteuer. Sie soll ab 1. Januar 2021 gelten.

Wie wird die Einigung politisch diskutiert? Die Parteiführungen von CDU, CSU und SPD haben sie mit breiter Mehrheit abgesehen. Im mehr als 40-köpfigen CDU-Vorstand gab es drei Gegenstimmen – darunter von den Chefs der Jungen Union und der Mittelstands- und Wirtschaftsunion. Auch von Wirtschaftsverbänden gab es Kritik. Grünen-Chefin Annalena Baerbock forderte die Grundrente schon für 30 Beitragsjahre. FDP-Chef Christian Lindner warf der Union vor, sie habe sich über den Tisch ziehen lassen. Aus Sicht der Linken reicht der Kompromiss nicht aus gegen Altersarmut.

„Ein bisschen eine Mogelpackung“

DIW-Präsident Marcel Fratzscher über die Einigung zur Grundrente – Das Problem der Altersarmut sieht er dadurch nicht gelöst

Marcel Fratzscher, Präsident des DIW, sorgt sich insgesamt um die Finanzierung der gesetzlichen Rente auf lange Sicht. Foto: dpa

Von Gernot Heller, RNZ Berlin

Berlin. Die Regierungskoalition hat sich auf einen Kompromiss zur Grundrente geeinigt – und erntet prompt Kritik von Wirtschaftsverbänden. Der Ökonom Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, sieht in der Einigung einen kleinen Schritt in die richtige Richtung.

Wie bewerten Sie den Koalitions-Kompromiss zur Grundrente?

Ich halte ihn ein bisschen für eine Mogelpackung. Er erlaubt beiden Seiten, das Gesicht zu wahren. Die SPD kann sagen, es gibt keine Prüfung der Bedürftigkeit, während die CDU/CSU sagen kann, die gibt es doch. Wenn man ehrlich ist, wird über die Einkommenssituation die Bedürftigkeit nämlich doch geprüft. Die Union hat sich also mit ihrer Forderung mit Verweis auf den Koalitionsvertrag eher durchgesetzt. Insgesamt ist die Einigung ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Knapp 1,5 Millionen Menschen werden davon profitieren, vier von fünf davon sind Frauen. Sie ist damit ein richtiger Schritt, aber ein kleiner.

Hilft der Kompromiss dabei, die Altersarmut zu bekämpfen?

Er wird das große Problem der Altersarmut, das in den nächsten Jahren und Jahrzehnten massiv zunehmen wird, nicht lösen. Er stellt allenfalls einen sehr kleinen Beitrag dazu bei. Wenn ich eine Grundrente erhalte, kann ich immer noch in die Altersarmut fallen. Wir machen eine Absicherung am ganz, ganz unteren Ende der Einkommensskala. Am Ende wird das aber kaum helfen, die Altersarmut generell einzudämmen. Letztlich könnte man das nur schaffen, indem man die Rentenansprüche der Menschen mit geringen Einkommen systematisch erhöht. Die Menschen mit geringen Stundenlöhnen, die in die Rentenkasse einzahlen, müssen proportional mehr für ihren eingezahlten Euro erhalten als jemand mit sehr hohem Einkommen.

Das ist allein dadurch gerechtfertigt, dass Menschen mit geringen Einkommen und geringen Löhnen eine deutlich geringere Lebenserwartung haben. Die Rente an sie wird also für einen deutlich kürzeren Zeitraum gezahlt. Wir reden hier zum Teil von Unterschieden in der Lebenserwartung von zehn Jahren. Es gibt hier massive Unterschiede. Das heißt, das Rentenniveau für sie müsste deutlich steigen.

Was halten Sie von der geplanten Finanzierung der Grundrente über Steuern?

Die Finanzierung ist ein Thema, aber es geht bei der Grundrente nicht um riesige Beträge: Wohl nur um bis zu 1,5 Milliarden Euro. Das ist verglichen mit den 100 Milliarden Euro, die als Steuerzuschüsse jährlich in die gesetzliche Rentenversicherung gehen, begrenzt. Meine Sorge ist die Finanzierung der gesetzlichen Rente insgesamt auf lange Sicht. Dringende Reformen der gesetzlichen Rente sind erforderlich. Wie müssen etwa über ein späteres Renteneintrittsalter wegen der steigenden Lebenserwartung nachdenken. Das Problem ist, dass über das Rentensystem eine Umverteilung von jungen zu alten Menschen läuft. Das gilt auch für die Grundrente: es kommt zu einer stärkeren Belastung der jungen Menschen in Arbeit über ihre Beiträge und Steuern.

Erhält die Konjunktur durch das Maßnahmenpaket zur Grundrente Impulse?

Nein. Das wird an der konjunkturellen Situation nichts ändern.

Steht Deutschland vor einer technischen Rezession?

Ja, wir gehen davon aus. Wir werden dieses Jahr insgesamt ein sehr schwaches Wachstum haben. Was wir dringend brauchen, ist ein großes Investitions- und Wachstumspaket in vielen Bereichen: Digitale Netze, Bildung, Innovationen, Klimaschutz und vieles mehr. Wir bräuchten in Deutschland ein Investitionsprogramm von 30 Milliarden Euro pro Jahr für die nächsten 15 Jahre. Das ist erforderlich, um den Wohlstand und die Jobs langfristig zu sichern. Die Politik hat offenbar die vielen bestehenden Risiken noch nicht wirklich erkannt, die bestehen. Wenn man nicht handelt, ist es schnell zu spät.